

Von Wilfried Stadler

Single point of truth: Dieser schöne Begriff bezeichnet in der Computersprache einen Grundbestand an Daten, auf den Verlass ist. Bei Unternehmen kommt diese Funktion geprüften Jahresabschlüssen zu, in Unternehmensverbänden einer konsolidierten Konzernbilanz. Nicht so in der Welt des René Benko. Dort bilanzierte die übergeordnete Holding des Milliardenkonzerns in missbräuchlicher Interpretation der dafür vorgesehenen Erleichterungen nach den vereinfachten Regeln kleinerer Unternehmen. Dies ersparte ihm die ansonsten zwingend erforderliche, von Wirtschaftsprüfern bestätigte Gesamtdarstellung seiner Gruppe.

Gerade das Fehlen einer bilanziellen Gesamtsicht und mangelnde Transparenz der Eigentümerstruktur erschwert nun allerdings den Versuch einer autonomen Sanierung in Eigenverwaltung. Sollte sich dieser Weg als nicht gangbar erweisen und Zwangsverwaltung verhängt werden, wären Notverkäufe von Immobilien zu Tiefstpreisen unvermeidbar. Der grenzgängerische Gebrauch von allerlei steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen „Gestaltungs“-Möglichkeiten scheint im Benko-Reich üblich gewesen zu sein. Ob das in Einzelfällen bloß sträflich oder gar schon strafbar war, werden nun wohl Gerichte zu klären haben.

Faktische Umgehungshandlung

Zuletzt poppte hoch, dass für das 2016 im Wege einer seiner Stiftungen erworbene Schlosshotel Igls – auch nach dessen Abriss und Umbau zur Privatvilla – sämtliche Vorsteuer-Abzugsmöglichkeiten genutzt wurden, als handle es sich weiterhin um ein gewerbliches Unternehmen. Erst im Zuge der aktuellen Turbulenzen und nachdem über Jahre hindurch keine Rechnungsabschlüsse gelegt worden waren, fiel der Finanzverwaltung diese faktische Umgehungshandlung auf. Es folgte eine grundbücherliche Eintragung im zweiten Rang, um die Umsatzsteuer-Ansprüche der Republik abzusichern.

Die Verlockung, aus dieser Causa trotz zügiger Sicherstellung parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, scheint groß zu sein. Dennoch lässt sich die Geschichte vom spektakulären Aufstieg und Fall des René Benko nicht darauf reduzieren. Denn seit seinem Anfangserfolg mit dem Kaufhaus Tyrol, schenken renommierte Investoren und Gläubiger dem Jungunternehmer zwei Jahrzehnte lang ihr Vertrauen, von Unternehmensberater Roland Berger und dem Hamburger Reeder und Luftansa-Miteigener Klaus Kühne bis zu deutschen Versicherungsgesellschaften, die nun um 850 Millionen Euro an nachrangigen Genussrechten bangen. Zu einem seiner engsten Begleiter wurde Paradeunternehmer Hans Peter Haselsteiner.

Das „Goldene Quartier“ in Wien diente als eindrucksvoller Beweis dafür, dass sich die Signa-Gruppe auf urbane Großvorhaben versteht. Auch wenn spätere Prestigeprojekte wie das „Chrysler Building“ oder das Hotel Bauer in Venedig geeignet gewesen wären, Misstrauen in großmannssüchtigen

Dass nicht nur ehemalige Spitzenpolitiker, sondern auch erfahrene Ex-Banker und renommierte Investoren René Benko bis zuletzt geradezu blind vertrauten, gehört zu den Mysterien der Signa-Pleite. Eine Analyse.

Der Benko-Skandal: eine Zwischenbilanz



Lesen Sie dazu auch Wilfried Stadlers Klartext „René Benko und die Signa: Ruinen hinter Scheinfassaden“ (28.11.2023) auf furche.at.



Foto: IMAGO / berg Beethling

ges Gebaren hervorzurufen, riss die Erfolgswelle nicht ab.

Der darauffolgende Kaufrausch renommierter Adressen des großstädtischen Einzelhandels – darunter Galeria Karstadt Kaufhof und Selfridges in London – erwies sich aus heutiger Sicht als gravierende strategische Fehlentscheidung. Zum einen lag der Handel außerhalb von Benkos Kernkompetenz, zum anderen ging das Kalkül, durch hohe Mieten der im Signa-Eigentum stehenden Kaufhäuser deren Bewertung nach oben zu schrauben, nur vorübergehend auf. Der Einbruch des Handels während der Pandemie und die Umstellung der Kaufwohnheiten auf digitale Bestellformen haben dieser Tage bereits zum dritten Mal eine Insolvenz der deutschen Handelsgruppe ausgelöst. Zuletzt scheiterte auch die vorübergehend an der New Yorker Börse gelistete Online-Handelsfirma Signa Sports.

„Die Verantwortung von Aufsichtsräten ist zu stärken. Geht es um Steuergeld, gefährdet ihr Versagen öffentliche Interessen.“

Dennoch schienen René Benko immer mehr spektakuläre Immo-Großprojekte zu gelingen – allerdings nicht selten auf verschlungenen Wegen. So wurde etwa beim mittlerweile in halber Höhe ins Stocken geratenen Hamburger „Elb-Tower“ eine örtliche Bank als

künftiger Hauptmieter gewonnen, indem man ihr den alten Firmensitz zu einem überhöhten Preis abkaufte – mit Hilfe eines Kredites eben dieser Bank. Mit diesem Zaubertick konnte der Stadt Hamburg die für den Baubeginn erforderliche Mindestvermietung von 40 Prozent der Büroflächen nachgewiesen werden.

Der ab Ende 2022 vom Zinsschock ausgelöste Einbruch der Marktpreise brachte zahlreiche börsennotierte Immo-Konzerne weltweit in Schwierigkeiten. Bei keinem davon scheint die Situation jedoch so unübersichtlich zu sein wie im Zahlengestrüpp der Signa-Gruppe mit ihrer „gelebten Intransparenz“, wie es Wolfgang

Peschorn, Präsident der Finanzprokurator, formulierte.

Der aus einer Mischung von erfahrenen Ex-Bankern und das politische Spektrum allparteilich abdeckenden Persönlichkeiten zusammengesetzte Beirat diente als Aushängeschild. Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer war, als langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der STRABAG, Bindeglied zu Haselsteiner. Bei seiner Mitwirkung in diversen Benko-Gremien, die mit atypisch hohen Bezügen honoriert wurde, wog das Netzwerk offensichtlich schwerer als aufsichtsrechtliche Kompetenz. Mit Sebastian Kurzkam später noch ein weiterer Ex-Kanzler ins Spiel, der gegen Pro-

Baustelle Signa

233 Meter sollte der Hamburger Elbtower in den Himmel ragen. Nun stehen die Kräne still – wie auch beim Kaufhaus „Lamarr“ in der Wiener Mariahilferstraße. Die Versteigerung des Lamarr-Nachlasses wurde nach heftiger Kritik ausgesetzt, jene des Signa-Inventars läuft weiter (vgl. Seiten 11 und 20).

KLARTEXT

Nach dem Krieg

Ich teile den israelischen Wunsch, die mörderische Terrorbande Hamas von der politischen und geographischen Landkarte auszulöschen. Nur glaube ich nicht, dass dies mit militärischen Mitteln gelingen wird. Irgendwann in diesem schon mehr als drei Monate andauernden Krieg wird die bei weitem überlegene israelische Armee verkünden, dass sie die „militärischen Hamas-Strukturen im gesamten Gazastreifen zerschlagen“ habe. Wie sie es jetzt schon für den Norden gemeldet hat. Aber danach? Was passiert mit dem völlig zerbombten Küstenstreifen und den dort verbliebenen Menschen? Dafür hat die israelische Führung leider keinen einheitlichen Plan. Die rechtsextremen Koalitionspartner von Premier Netanjahu fabulieren von einer jüdischen Besiedelung und der „freiwilligen Abwanderung“ von mehr als zwei Millionen Gaza-Palästinensern „nach Saudi-Arabien, in den Kongo oder nach Europa“ als „humanitäre Lösung“. Wie lange würde es in diesem Fall wohl dauern, bis die Hamas-Hydra ihre nachgewachsenen Köpfe erhebt?

Das Militär dagegen, das sich längst als vernünftige Kraft erwiesen hat, vertreten durch Verteidigungsminister Galant, erklärte, es solle keine israelischen Zivilisten im Gazastreifen geben, nachdem die Kriegsziele erreicht seien. Die daraufhin wütend-turbulente Sitzung des Sicherheitskabinetts gab einen Vorgeschmack darauf, wie es innerhalb der israelischen Regierung noch krachen wird. Auch wenn Netanjahu nichts davon hören will: Ein belastbarer Frieden wird erst dann möglich sein, wenn dafür ein Plan existiert, der für die gemäßigten Palästinenser (ja, die gibt es!) Zukunftsperspektiven inklusive der Aussicht auf einen eigenen Staat beinhaltet, für die sie – im Verbund mit arabischen Staaten – bereit sind, das Terror-Ungeheuer in die Verbannung zu schicken.

Die Autorin ist Redaktionsleiterin Ausland und politischer Hintergrund beim Bayerischen Rundfunk.



Von Susanne Glass

vision Investoren zu gewinnen suchte.

Dass all die renommierten Geldgeber, Aufsichts- und Beiräte bis zuletzt im längst unüberschaubar gewordenen Spiel blieben und willfährigen Beratern auch dann noch geradezu blind vertrauten, als sich längst Gewitterwolken zusammenbrauten, gehört zu den rätselhaften Besonderheiten dieser größten Insolvenz seit 1945. Sie wird in den Geschichtsbüchern wohl dereinst in einem Atemzug mit dem vor gut hundert Jahren spektakulär gescheiterten Banker Camillo Castiglioni genannt werden.

Strengere Bilanzierungsregeln!

Darf man hoffen, dass Lehren aus dieser Geschichte gezogen werden? Justizministerin Alma Zadic hat bereits reagiert und will dafür sorgen, dass die verzögerte Vorlage von Geschäftsabschlüssen nicht mehr als Kavaliersdelikt durchgeht. Weitere Reformen sollten darauf zielen, die Bilanzierungsregeln in Richtung Vorsichtsprinzip anstelle flüchtiger Marktbewertungen zu verstrengen. Auch muss sichergestellt werden, dass Firmenkonglomerate – unabhängig von einer Börsennotierung – ausnahmslos konsolidierte Bilanzen legen und eine transparente Eigentümerstruktur aufweisen. Schließlich ist die Mitverantwortung von Aufsichtsräten für sorgfältige Gebarung deutlich zu verstärken. Denn spätestens dann, wenn es um Steuergeld geht, gefährdet ihr Versagen auch öffentliche Interessen.

Der Autor ist Ökonom und Publizist.